



# **Die Freie Hansestadt Bremen**

**Regierungserklärung des  
Präsidenten des Senats,  
Bürgermeister Dr. Carsten Sieling,  
abgegeben vor der  
Bremischen Bürgerschaft  
am 23. September 2015**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

## **Bremen hilft und stellt sich seiner Verantwortung**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Bilder der vergangenen Tage und Wochen gehen unter die Haut: Hunderte, tausende Frauen und Männer, Familien mit Kindern, auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung, stehen vor geschlossenen Grenzen und begehren Einlass nach Europa. Sie sind auch deshalb so bedrückend, weil der derzeitige Umgang Europas mit dieser riesigen Herausforderung alles andere als angemessen ist. Im Gegenteil. Er ist beschämend, das muss man so deutlich sagen und das muss sich auch so schnell wie möglich ändern.

Meine Damen und Herren,

seit dem Sommer haben sich die Flüchtlingszugangszahlen noch einmal in rasanter Geschwindigkeit vervielfacht. Dieser enorme Zeitdruck ist es vor allem, der alle Beteiligten auf allen Ebenen vor so große Herausforderungen stellt.

An dieser Stelle ist es mir zunächst einmal wichtig, noch einmal im Namen des gesamten Senats Dank auszusprechen.

Ich danke allen, die mit ungeheurem Einsatz und großartigem Engagement täglich und nicht selten rund um die Uhr an der Lösung der vielen Aufgaben arbeiten, die es zu bewältigen gilt.

Unser Dank gilt den Menschen in Bremen und Bremerhaven für ihre enorme Hilfsbereitschaft und ihr beeindruckendes ehrenamtliches Engagement.

Unser Dank gilt allen Beschäftigten in den Behörden und der Verwaltung, die durch die Bank Großartiges leisten. Ohne die Leistung anderer schmälern zu wollen, möchte ich aber den Kolleginnen und Kollegen in der Sozialbehörde, die unter großem Druck ein gewaltiges Pensum in den letzten Monaten absolvieren, meinen besonderen Dank aussprechen.

Unser Dank gilt ebenso allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der vielen Träger und Vereine, die oft über Nacht Unterkünfte herrichten und die ankommenden Menschen versorgen, und dabei nicht selten an ihre Grenze gehen.

Unser Dank gilt auch den Beiräten, die die nicht einfache Aufgabe haben, vor Ort zu erklären, warum bpsw. die Turnhalle im Stadtteil nun vorübergehend zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden muss und die sich nicht selten deshalb auch dem Populismus von rechts ausgesetzt sehen.

Und nicht zuletzt gilt unser Dank auch der Polizei und der Bundeswehr, die angesichts dieser riesigen Herausforderungen sehr schnell ihre Unterstützung zugesagt haben und ein wichtiger Teil in der gesamten Hilfsorganisation sind.

Meine Damen und Herren,

die europäische Union steht vor der größten Aufgabe seit ihrer Gründung. Das hat ganz unterschiedliche Gründe, das zentrale Problem ist aber, dass sich nicht alle europäischen Nationen gleichermaßen der Verantwortung stellen wollen, den zu uns kommenden Flüchtlingen zu helfen.

Während viele Länder, darunter vor allem Deutschland, bemüht sind, eine gesamteuropäische Lösung zu finden, verhalten sich andere, als seien sie alleine auf diesem Planeten.

Dabei hat Ungarn die wohl unwürdigste Form des Umgangs mit dieser gesamteuropäischen Herausforderung gewählt. Rhetorik und Handeln des ungarischen Präsidenten Orban sind für Demokraten nur schwer zu ertragen. Ich sage hier ganz deutlich: Grenzschießung und Haftandrohung für Flüchtlinge sind das Gegenteil von humanitärer Hilfe, das ist schlicht nicht akzeptabel. Wer mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Flüchtlinge vorgeht, der steht nicht

in der Mitte Europas, der stellt sich selbst an den Rand der Gemeinschaft. Eine solche Politik ist nicht hinnehmbar.

Meine Damen und Herren,

vorübergehende Grenzkontrollen, wie sie Deutschland und andere europäische Nachbarn eingerichtet haben dienen der Entschleunigung. Sie helfen, das Geschehen in geordnetere Bahnen zu bringen und sie sind deshalb auch richtig.

Uns allen muss aber auch klar sein: Sie lösen das Problem nicht.

Denn die Situation an den Grenzen verschärft sich seit Einführung der Kontrollen wieder, weil die Flüchtlinge sich nachvollziehbar immer neue, noch nicht verschlossene Wege suchen. Täglich kommen nun trotz der Maßnahmen in Deutschland und damit hauptsächlich in Bayern wieder tausende Personen an.

Wir brauchen deshalb dringend eine gesamteuropäische Lösung. Wir brauchen eine europäische Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme und zwar dauerhaft. Die gestern erfolgte Verständigung der EU-Innenminister auf die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen innerhalb Europas ist dafür nur ein erster mühsamer Schritt.

Die aktuellen Ereignisse zeigen uns auch: Wir brauchen eine funktionierende europäische Asylpolitik. Deutschland muss sich für eine menschenwürdige gesamteuropäische Asyl- und Flüchtlingspolitik einsetzen, die der humanitären Verantwortung gerecht wird, die die Grundrechte der flüchtenden Menschen achtet und die sich an internationalen Schutzstandards orientiert. Wie andere Grundrechte auch, darf das Recht auf Asyl nicht von der Kassenlage oder von politischer Opportunität abhängen!

Vergessen wir nicht, dass nicht nur Kriege, Armut und Terror immer mehr Menschen in die Flucht treiben – derzeit fast 60 Millionen weltweit. Viele Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage auch durch Umweltkatastrophen, Klimawandel und andere Gründe, die durch uns mitverursacht werden. Es ist keineswegs so, dass wir und unsere Wirtschaftsweise

nichts mit den weltweiten Fluchtbewegungen zu tun hätten. Gerade auch deshalb ist es zynisch, wenn sich relativ reiche Länder maximal abschotten.

Wir brauchen deshalb neue Initiativen für legale Zuwanderungswege nach Europa und gemeinsame Integrationsstrategien in allen europäischen Mitgliedsstaaten. Nur legale Einwanderungsmöglichkeiten werden die Bilder vom Mittelmeer und den äußeren Grenzen Europas stoppen. Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, das eine moderne, unkomplizierte und transparente Arbeitsmigration nach Deutschland möglich macht und Zuwanderung noch stärker mit Integration verbindet.

Neben einen gerechten Verteilungsschlüssel für die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa gehören dringend gemeinsame Integrationsstrategien und Standards, deren Einhaltung auch überprüft werden muss.

Meine Damen und Herren,

was die Politik hier bei uns auf Bundesebene anbelangt - ich habe das in der letzten Woche nach dem Treffen im Kanzleramt ja auch bereits öffentlich gesagt - das ist zu wenig, was die Bundesregierung bislang bietet. Seit Monaten werden da nur kleine Schritte in Richtung Lösungen für die Länder und Kommunen gemacht. Das ist der Situation vor Ort überhaupt nicht angemessen. Denn eines darf auf keinen Fall passieren: Die solidarische Stimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland darf nicht aufgrund des zögerlichen Handelns des Bundes kippen!

Aber auch im Detail ist das Handeln des Bundes derzeit noch von zu wenig Licht und zu viel Schatten geprägt.

So beispielsweise bei den vorgeschlagenen Regelungen zur Beschleunigung und Vereinfachung des Asylverfahrens. Eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen wird es in Bremen sicher nicht automatisch geben können. Wir haben schlicht die Kapazitäten dafür nicht und wollen es auch inhaltlich nicht. Die Länder sollen daher selbst entscheiden können, ob Asylbewerber solange in den Erstaufnahmeeinrichtungen verweilen müssen.

Was die Vorstellungen des Bundes zur Unterbringung und Versorgung anbelangt, so halten wir nichts vom Prinzip Sachleistungen statt Geldleistung. Da droht ein bürokratischer Aufwand, der Ressourcen bindet, die wir hier in Bremen lieber in die Betreuung und Integration der Menschen stecken wollen. Von den verfassungsrechtlichen Bedenken ganz zu schweigen.

Meine Damen und Herren,

ich denke wir alle hier im Haus sind uns einig, dass es eines der vorrangigen Ziele sein muss, so rasch und so flexibel wie möglich Unterbringungen zu schaffen, die einen höheren Standard haben und den Menschen mehr Privatsphäre bieten, als Zelte und Turnhallen.

Begrüßenswert sind deshalb die Bemühungen zur zeitlich begrenzten Flexibilisierung im Bauplanungsrecht, sowie beim Immissions-/ Lärmschutz, Energieumweltrecht und Energieeinsparverordnung zu kommen. Denn damit kann die Errichtung von Unterkünften deutlich erleichtert und beschleunigt werden. Die Vorschläge die bislang auf dem Tisch liegen, müssen allerdings weiter konkretisiert werden.

Alles in allem bleibt es aber leider dabei: Das bisherige Agieren der Bundesregierung ist enttäuschend.

Denn auch die am 15.09.2015 zugesagten 40.000 Plätze für die Erstaufnahme sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sie reichen aber doch bei weitem nicht aus.

Was die von der Bundesregierung vorgeschlagene weitere Unterstützung der Bundeswehr anbelangt, so ist diese in Bremen bereits ganz konkret angelaufen. Hier organisiert die Bundeswehr mit großer Professionalität und großem Engagement eine Erstaufnahmeeinrichtung auf ihrem Gelände in der Scharnhorst-Kaserne.

Darüber hinaus fehlte aber bislang und es fehlt weiter eine verbindliche Zusage des Bundes, die Kapazitäten des BAMF angemessen auszubauen, so dass eine Verfahrensdauer von drei Monaten in der Realität überhaupt möglich ist.

Zusammengefasst muss man sagen: Die Situation in den Ländern und Kommunen und die Unterstützungsbedarfe sind in Berlin leider noch nicht überall angekommen.

Meine Damen und Herren,

die Situation in Bremen und Bremerhaven gleicht der vieler anderer Kommunen. Wie bereits eingangs angesprochen können wir in Bremen zudem stolz sein, dass hier bei uns so viele unterschiedliche Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen. Nur so ist es möglich, dass Bremen seinen Verpflichtungen gegenüber den anderen Bundesländern bislang nachkommen konnte, und wir alle Menschen, die uns nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen wurden, auch aufgenommen haben.

Dieses Jahr werden wahrscheinlich 10.000 Erwachsene und Familien und zusätzlich dazu noch einmal 2.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen ankommen. Wir haben derzeit über 4.000 Plätze für Erwachsene und Familien zur Verfügung, davon über 1.000 in Zelten.

Glücklicherweise sind immer mehr private Personen aber auch die Wohnungsbaugesellschaften - allen voran die GEWOBA – bereit, an Flüchtlinge zu vermieten, so dass die Vermittlung in eigene Wohnungen weiter steigen wird.

Aber gerade auch die ad hoc Unterbringung von über 200 Flüchtlingen aus Ungarn in der Polizeisporthalle in der Vahr und auf dem Gelände der Scharnhorst-Kaserne hat zu weiteren Herausforderungen geführt.

Meine Damen und Herren,

die Zeltunterbringung über den Winter ist keine gute Lösung, das wissen wir alle. Deshalb werden leerstehende Hallen und Gebäude genutzt, Container bestellt und als letzter Ausweg wurden nun auch – hoffentlich für einen begrenzten Zeitraum - Turnhallen belegt.

Die kurzfristige Belegung von Turnhallen war angesichts der weiter steigenden Zahlen aber leider ohne Alternative. Ich möchte auch von hier an die Schüler, Lehrer, Eltern und

Sportvereine appellieren, in dieser Notsituation Verständnis aufzubringen. Das ist nicht einfach, auch mal ärgerlich, aber es gibt keinen anderen Weg um den Menschen zu helfen, die hier bei uns Zuflucht suchen.

Das größte Problem der nächsten Wochen wird es sein, winterfeste Unterkünfte zu schaffen. Hierbei sind die Behörden auch weiterhin auf das Mitwirken der Beiräte und das Verständnis aller Bürgerinnen und Bürger in allen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens angewiesen.

Meine Damen und Herren,

der Senat hat in den vergangenen Wochen und Monaten durch eine Reihe von Beschlüssen die Grundlage dafür geschaffen, dass die Vielzahl der Aufgaben im Kontext der Flüchtlingsunterbringung und -integration personell und finanziell bewältigt werden kann. Das war und das ist ein Kraftakt.

An investiven Ausgaben waren für 2015 zunächst 5 Mio. € vorgesehen. Im Februar wurden dann zusätzlich 3 Mio. €, im April noch einmal 7,4 Mio. € für 2015 bereitgestellt. Am 8. September haben wir als Senat schließlich noch einmal 52,9 Mio. € für die Beschaffung von Containern etc. freigegeben. Insgesamt hat Bremen dieses Jahr allein 68,3 Mio. € Investitionskosten bereitgestellt.

Was die konsumtiven Ausgaben anbelangt, so wird 2015 mit Mehrausgaben von insgesamt rund 78 Mio. € gerechnet. Damit steigen die Ausgaben gegenüber dem Ansatz von 38,8 Mio. € um fast das Dreifache auf 116,8 Mio. €.

Neben den investiven und den konsumtiven Mitteln ist für die Aufgabenbewältigung das Personal in den verschiedenen Behörden unverzichtbar. Deshalb hat der Senat bereits 3 Sofortprogramme mit einem Volumen von über 11 Mio. Euro beschlossen. Mit den drei Sofortprogrammen wurden bisher rund 461 Stellen geschaffen. Damit werden Sozialpädagogen, Casemanager, Kinderkrankenschwestern oder auch Personal für die Entwicklung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eingestellt.



Auch das Landesprogramm zur Sprachförderung wurde für 2015 zunächst auf 3 Mio. € (600.000 € für BHV) aufgestockt und nun nochmal um 250.000 € erhöht (VHS-Sprachkurse nur für HB). Fast verdoppelt wurden zudem die konsumtiven Zusatzmittel auf nun 1.207.859 €.

In diesem Jahr werden wir Gesamtausgaben von über 200 Mio. € schultern.

Meine Damen und Herren,

jeder, der den bremischen Haushalt kennt, wird sofort erkennen, dass Ausgaben dieser Größenordnung da nicht mehr reinpassen. Wir haben als Senat daher in den letzten Wochen reagiert und vor allem wegen, aber nicht nur wegen der finanziellen Mehrbedarfe für Flüchtlinge, eine Haushaltssperre beschlossen und Vorbereitungen für einen Nachtragshaushalt getroffen.

Aber Bremen kann genauso wenig wie alle anderen Länder und Kommunen die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und –integration alleine tragen. Der Bund muss sich da seiner Verantwortung stellen und das tut er, wie bereits angesprochen, nur sehr zögerlich und unzureichend. Ganz klar: Die vom Bund bisher zugesagten Mittel reichen nicht aus. Das war auch auf dem Treffen der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit der Kanzlerin vergangene Woche Konsens unter den Ländervertretern.

Denn von der für 2015 zugesagten 1 Mrd. würden nur 10,4 Mio. € nach Bremen fließen (Stadt Bremen 8,4 Mio. €, BHV 2 Mio. €) und die 3 Mrd. in 2016 würden für unser Land gut 30 Millionen bedeuten. Wobei mit einer zusätzlichen Steigerung der oben beschriebenen Kosten bereits heute sicher zu rechnen ist.

Für die weiteren Verhandlungen mit dem Bund, die morgen in Berlin in die nächste Runde gehen, wird Bremen deshalb mit den anderen Ländern darauf drängen, dass es eine deutliche zusätzliche Entlastung bereits in 2015 gibt. Wir brauchen hier mindestens eine Verdoppelung. Bremen wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass sich die Entlastung an den tatsächlichen Zugangszahlen orientiert und damit flexibel und dynamisch ist, anders als die vom Bund vorgeschlagene jährliche Anpassung.

Wir favorisieren einen festen Kostensatz pro Flüchtling, der nach Einschätzung auch des Deutschen Städtetages bei mindestens 12.000 € pro Flüchtling und Jahr liegen müsste. Allerdings sind darin die Aufwendungen für Investitionen, Personal, Bildung, Sprachkurse, Kita etc. nicht enthalten.

Auf die Tagesordnung muss zudem auch der Kostenbeitrag des Bundes für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, der deutlich über dem für Erwachsene liegen muss, da die Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Integration auch wesentlich höher sind.

Vor allem aber erwarte ich von der Bundesregierung, dass sie zügig ein Gesamtkonzept zur Flüchtlingsaufnahme und -integration entwickelt und nicht nur auf die Forderungen der Länder reagiert. Es muss kurzfristige, mittelfristige und langfristige Aspekte beinhalten und die Länder sowie die Kommunen mit einbeziehen und entlasten. Denn wir müssen so schnell wie möglich aus dem Ad-hoc-Modus heraus und wieder zu geordneten Verfahren zurückkehren, die dauerhaft funktionieren. Das ist im Interesse aller: Der Menschen die zu uns kommen, wie der Menschen, die bereits hier leben.

Meine Damen und Herren,

die aktuelle Situation lässt zudem auch eine ganz wichtige Aufgabe - vielleicht die wichtigste Aufgabe vor der unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren stehen wird – in den Hintergrund treten. Denn klar ist, dass die Vielzahl der heute in Notunterkünften, Übergangswohnheimen oder teils schon in Wohnungen lebenden Menschen bei uns bleiben werden – und vielfach werden sie ihr Recht in Anspruch nehmen, ihre Familien nachzuholen.

Von zentraler Bedeutung ist deshalb, dass wir uns den integrationspolitischen Aufgaben, die das mit sich bringt, mit der gleichen Intensität und dem gleichen Engagement stellen, wie dass derzeit auf allen Ebenen haupt- und ehrenamtlich für die Aufnahme und unmittelbare Unterbringung der Fall ist.

Dass es nach der Erstaufnahme weitergehen muss, das ist keine neue Erkenntnis. Denn das Prinzip der Integration von Anfang an prägt den Anspruch des Senats in der Flüchtlingspolitik

schon lange. Es bekommt aber eine neue Dimension – durch die Zahl und die Geschwindigkeit in der die Menschen zu uns kommen.

Wenn wir der Aufgabe gerecht werden wollen, diesen Menschen - Junge und Ältere, Familien, Paare und Alleinstehende, Frauen, Männern, Kindern und Jugendlichen –die Möglichkeit zu geben, Mitglieder unserer Stadtgesellschaften in Bremen und Bremerhaven zu werden, dann braucht es dazu alle Kräfte in der Gesellschaft, in allen Stadtteilen. Und es wird von uns allen auch einen langen Atem verlangen.

In Bremen und Bremerhaven haben wir gute Voraussetzungen dafür:

- Wir haben die Erfahrung mit kultureller Vielfalt,
- wir haben die Offenheit und das Engagement, das in unseren Stadtteilen existiert
- und wir haben die Menschen, die nach Deutschland kommen und die etwas aus ihrem Leben machen wollen: Deutsch lernen, schnell arbeiten, in die Schule gehen und das Schicksal endlich wieder in die eigenen Hände nehmen.

Beeindruckend ist auch, wie schnell Menschen, die selbst noch nicht lange in Bremen leben, ihrerseits wieder zu Mittlern und Unterstützern für andere Flüchtlinge werden. Das ist ganz wichtig, weil sie denen, die hier ankommen, eben dieses Ankommen sehr erleichtern.

Meine Damen und Herren,

damit dies alles gelingt, müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Um es deutlich zu sagen: Wir müssen auf all den Feldern handeln – verstärkt handeln – auf denen wir sowieso schon Nachholbedarfe in Deutschland haben.

Zum Beispiel im Wohnungsbau. Wir müssen uns dieser Aufgabe stellen und über neue Wohngebiete und Flächen diskutieren. Für alle Bürgerinnen und Bürger. Aber die Annahmen, die wir vor einem Jahr getroffen haben, auch was den Bedarf angeht, sind überholt. Und es

darf nicht sein, dass Menschen ausschließlich in bestimmten Stadtteilen Wohnraum finden: Quer durch alle Stadtteile muss Wohnraum geschaffen werden.

Zentral für den Integrationsprozess und für Zugang und Teilhabe an unserem Gemeinwesen ist Sprache. Wir brauchen mehr Integrationskurse für Asylsuchende und Unterstützung bei der berufsbezogenen Sprachförderung. Hier muss nachgelegt werden.

Auch alle am Arbeitsmarkt agierenden Institutionen müssen ihre Anstrengungen deutlich verstärken. Die Menschen müssen reelle Chancen auf Arbeit und Qualifizierungen erhalten. Bremen und Bremerhaven haben eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit: Hier wird jetzt endlich für alle Handlungsbedarf deutlich. Das BAMF muss dafür zunächst flächendeckend und einheitlich den Bildungs- und Ausbildungsstatus der Flüchtlinge erfassen. Und die Instrumente müssen rasch auf die neuen Herausforderungen abgestimmt werden, sie sind vielfach noch zu starr. Eine Mammutaufgabe, zugegeben. Aber Bremen war unter den ersten Städten in Deutschland im Modellprojekt ‚Early Intervention‘. Es gilt jetzt, die dabei gemachten Erfahrungen in die Fläche zu bringen.

Meine Damen und Herren,

auch die Bereiche Bildung und Kita, die Jugendeinrichtungen und die soziale Infrastruktur müssen mit den neuen Anforderungen Schritt halten. Die Kultusministerkonferenz geht von 300.000 schulpflichtigen Flüchtlingen allein in diesem Jahr aus. Das wären für Bremen 3.000 neue Schülerinnen und Schüler!

Wir müssen schnell und flexibel unsere Regeleinrichtungen und Platzkapazitäten an die neuen Schüler- und Kinderzahlen anpassen. Und damit wir die Qualität unserer Kinderbetreuung weiter verbessern können, brauchen wir auch die freigewordenen Mittel des Betreuungsgeldes für den Kitausbau. Das Ganze wird finanziell ein weiterer Kraftakt werden, bei dem wir die Unterstützung des Bundes brauchen.

Und wir haben einen rechtsstaatlichen Nachholbedarf. Viele Flüchtlinge konnten noch nicht vollständig und abschließend registriert werden. Wir kennen noch nicht alle zukünftigen

Schülerinnen und Schüler und brauchen auch noch mehr Kenntnis über die Qualifikationen der Zugewanderten. All das und noch viel mehr sind die Aufgaben der kommenden Monate.

Meine Damen und Herren

aber die vor uns liegenden Aufgaben bieten auch eine Chance. Wir brauchen schon aus demographischen Gründen mehr Menschen, mehr Kinder in unserem Land. Und Fachkräfte. SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben schon vor Jahren darauf gedrängt, dass Deutschland gerade vor diesem Hintergrund ein Zuwanderungsgesetz braucht. Das gilt immer noch und ich bitte alle um ein Umdenken, hier darf es keine Verweigerung geben.

Der vor uns liegende Prozess der Integration wird uns noch vor viele Herausforderungen stellen. Es wird endgültig klar, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sein werden. Nur wer die Augen vor der Wirklichkeit verschließt, bäumt sich dagegen auf. Wir brauchen eine offene und nach vorne gerichtete Debatte, an der sich alle demokratischen Kräfte beteiligen müssen. Wir brauchen konstruktive Vorschläge, wie wir die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam bewältigen wollen. Im Interesse der Menschen, die zu uns kommen, im Interesse der Menschen, die bereits hier leben und im Interesse Bremens und Bremerhavens.

Der Senat wird sich der Herausforderung stellen, ebenso wie die große Mehrheit der Menschen in Bremen und Bremerhaven. Ich bitte alle, sich dem anzuschließen. Bringen sie sich ein, wir müssen die Sache gemeinsam angehen. Das braucht einen Geist des Miteinanders.

Ich würde mich freuen, wenn die jetzt folgende Debatte nicht in ein Gegeneinander und ein Bemängeln führen würde, sondern in einen Wettbewerb der guten Vorschläge und Taten mündet. Das sind wir den Millionen Menschen, die unter Flucht und Vertreibung leiden, genauso schuldig, wie all den helfenden Händen in unserem Land.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!